

DIE SCHWELLENMACHT INDIEN VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Aufgrund seines anhaltend hohen Wirtschaftswachstums gilt Indien ähnlich wie China als aufstrebende Schwellenmacht. In der wirtschaftlichen Entwicklung liegt das Land jedoch noch weit hinter seinem nordöstlichen Nachbarn zurück. Auch sieht es sich mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, die einen weiteren Aufstieg gefährden. Zu diesen gehören das instabile geopolitische Umfeld, Probleme bei der Energieversorgung, die fragilen Beziehungen zu den USA und eine Reihe sozioökonomischer Defizite. Die viel diskutierte Annäherung an Pakistan ist in der indischen Demokratie heute kaum mehrheitsfähig.



Ein indischer Soldat öffnet die Grenze zu Pakistan in Suchetgarh, 12.1.2010

REUTERS / Mukesh Gupta

Im Westen wird Indien häufig als aufstrebende Schwellenmacht beschrieben, die dereinst zu den führenden Grossmächten gehören dürfte. Diese Einschätzung fusst insbesondere auf der seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Dynamik des Landes. Zwischen 2005 und 2008 wuchs die indische Wirtschaft jährlich um durchschnittlich 9%. Auch hat sie sich früher als viele westliche Staaten von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erholt. Gemäss Prognosen des Internationalen Währungsfonds beläuft sich das jährliche Wirtschaftswachstum Indiens zwischen 2010 und 2012 auf 8%. Mit einer Bevölkerung von fast 1,2 Milliarden Menschen wird Indien zudem als grösste Demokratie der Welt gewürdigt. Seine wachsende Mittelschicht, die je nach Angabe zwischen 30 und 300 Millionen Menschen umfasst, gilt als gigantischer Konsummarkt für Waren aus dem Westen. Auch der Status als Nuklearmacht hat dazu beigetragen, dass Indien

als Akteur von zunehmendem weltpolitischem Gewicht wahrgenommen wird.

Analog zu dieser westlichen Einschätzung ist innerhalb der indischen Eliten die Ansicht weit verbreitet, dass ihr Land für Grosses bestimmt sei. Diese Sichtweise basiert auf einem Geschichtsbild, das Indien als alte Zivilisation darstellt, die nach Jahrhunderten der Unterdrückung durch Kolonialmächte allmählich den ihr zustehenden Status als Weltmacht zurückgewinnt. Entsprechenden historischen Studien zufolge soll Indien bis um 1700 während vieler Jahrhunderte für bis zu ein Drittel des globalen BIP verantwortlich gewesen sein. Die 1991 eingeführten Wirtschaftsreformen und eine defensiv ausgerichtete Sicherheitspolitik gelten gemäss dieser Selbstwahrnehmung als Grundlage dafür, dass Indien in absehbarer Zeit wieder eine globale Grossmacht sein wird.

Indiens wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren ist in der Tat bemerkenswert. Allerdings erscheinen die häufig gezogenen Parallelen zum Aufstieg Chinas, die sich im Begriff «Chindia» manifestieren, übertrieben. Die indische Wirtschaft ist heute wesentlich kleiner als die chinesische. Zudem ist das Land mit Blick auf einen nachhaltigen Aufstieg wohl mit noch grösseren Herausforderungen konfrontiert als China. Dazu gehören sein instabiles geopolitisches Umfeld und die engen militärischen Beziehungen zwischen Pakistan und China, wachsende Energieversorgungsprobleme, das fragile Verhältnis zu den USA, innenpolitische Schwächen im Bildungswesen und bei der Infrastruktur sowie die maoistische Guerillabewegung.

Geopolitische Instabilität

Auf geopolitischer Ebene werden in Indien die Nachbarstaaten Pakistan und China und deren enge militärische Partnerschaft seit Jahrzehnten als Bedrohung wahrgenommen. Diese Einschätzung manifestiert sich in hohen Militärausgaben, die teilweise auf Kosten von verstärkten Bemühungen um sozioökonomische Entwicklung gehen. Bis 1962 unterhielten Neu-Delhi und Peking freundschaftliche Beziehungen. Indien unterstützte gegen den Willen der USA die Aufnahme Chinas in die UNO und erhielt dafür im Konflikt mit Pakistan Solidaritätsbekundungen aus Peking. Nach einem indisch-chinesischen Krieg um Grenzfragen 1962 begann Peking jedoch Pakistan zu unterstützen, das in der Folge den Kampf um Kaschmir intensivierte.



Da sich Indien im Kalten Krieg als blockfreier Staat positionierte und die USA deshalb engere Beziehungen zu Pakistan pflegten, fühlte sich Indien latent auch von der amerikanischen Seemacht bedroht. Es war in diesem Kontext einer nach allen Seiten hin empfundenen Verwundbarkeit, dass Neu-Delhi Mitte der 1960er Jahre den Entscheid zum Aufbau eines nuklearen Abschreckungspotentials fällte. Nachdem gegen Ende des Kalten Kriegs auch Pakistan (u.a. mit Hilfe Chinas) seine Kernwaffenfähigkeit entwickelt hatte, begann es mit der Unterstützung islamistischer Rebellen auf indischem Boden. Seither sieht sich Indien nicht nur mit der traditionellen konventionellen Bedrohung durch Pakistan und China konfrontiert, sondern auch mit einer im indischen Diskurs als «Stellvertreterkrieg» bezeichneten Terrorbedrohung innerhalb seiner Grenzen.

Nach der Kargil-Krise von 1999, als Indien einen pakistanischen Angriff auf indisch kontrolliertes Territorium in Kaschmir abwehren konnte, stiegen die indischen Verteidigungsausgaben stark an. Eine nochmalige Steigerung lässt sich seit den Terroranschlägen von Mumbai 2008 beobachten. Aufgrund seiner militärischen Überlegenheit erachtet Indien heute die Gefahr eines konventionellen Angriffs durch Pakistan als begrenzt. Umso grösser wird in Neu-Delhi die Bedrohung durch transnationalen Terrorismus eingeschätzt, der in Indien in direkte Verbindung mit der pakistanischen Armee gebracht wird. Auch nimmt Neu-Delhi seit 2007 in einer von China beanspruchten nordöstlichen Grenzregion Indiens ein verstärktes Eindringen chinesischer Truppen wahr, was als Machtdemonstration Pekings

angesichts der wachsenden indischen Militärmacht interpretiert wird. Das Gefühl von Verwundbarkeit und die Angst vor einem neuerlichen Zusammengehen Pakistans und Chinas gegen Indien prägen die Sicherheitspolitik Neu-Delhis nach wie vor. Mit der Aufgabe, 3323 Kilometer Grenze im Westen und 3488 Kilometer im Nordosten zu schützen, steht die indische Armee – die zwar doppelt so gross wie die pakistanische, jedoch nur halb so gross wie die chinesische ist – am Rande ihrer Einsatzkapazität.

Schwierige Energieversorgung

Die traditionellen Spannungen zwischen Indien und Pakistan lassen sich neben dem Kaschmirkonflikt u.a. auch darauf zurückführen, dass Islamabad Neu-Delhi den Zugang zu wichtigen Handels- und Energierouten in Zentralasien versperrt. Dies stellt für Indien ein wachsendes Problem vor allem mit Blick auf die Energieversorgung dar. Angesichts des rasant wachsenden Energiebedarfs nimmt Indiens Abhängigkeit von Energieimporten zu. Sein Erdöl, das derzeit etwa ein Viertel des Primärenergieverbrauchs ausmacht, bezieht es bereits heute zu 70% aus dem Ausland, vor allem aus dem Persischen Golf. Bis 2030 wird der Exportanteil Schätzungen zufolge bei 90% liegen. Als alternative Energiequelle wäre Zentralasien für Indien von herausragender Bedeutung.

Dem pakistanischen Konzept der strategischen Tiefe entsprechend versucht Islamabad seit Jahren, seinen Einfluss in Afghanistan durch Unterstützung der afghanischen Taliban und anderer islamistischer Gruppierungen auszubauen. Indien hat in Reaktion darauf enge Verbindungen mit Iran,

der Karzai-Regierung in Afghanistan und zentralasiatischen Staaten geknüpft. Ziel ist es, Pakistan durch den Aufbau alternativer Versorgungswege zu umgehen und Öllieferungen über die indischen Häfen zu ermöglichen. Dass US-Präsident Obama für seine Afghanistanpolitik die Kooperation mit Pakistan sucht, kommt Indien ungelegen. Auch der Druck aus Washington zur Unterstützung von weitergehenden Sanktionen gegen Teheran verkompliziert Indiens Aussen- und Energiepolitik.

Darüber hinaus ist die wachsende Reichweite der chinesischen Marine im Indischen Ozean ein besorgniserregender Umstand für Indien. Als einer der grössten Energieverbraucher der Welt steht Indien in direkter Konkurrenz mit China bei der Ausschöpfung von Energieressourcen. Chinas verstärkte Präsenz auf See wird in Indien als entscheidender Vorteil Pekings im Wettlauf um Ressourcen gesehen. Schon jetzt überbieten chinesische Firmen ihre indischen Gegenspieler regelmässig bei grossen Energieverträgen. Die indischen Seestreitkräfte, welche die Gewässer vom Persischen Golf bis zur Strasse von Malakka als ihren Einflussbereich betrachten, fühlen sich durch Chinas Aufstieg bedroht. In Anbetracht der Tatsache, dass 95% des indischen Handels auf dem Seeweg stattfinden, misst die indische Regierung der Stärkung der Marine strategische Bedeutung bei. Allerdings wird ein Grossteil der zusätzlichen Mittel für eine Modernisierung der bestehenden Flotte verwendet werden müssen. Indische Experten warnen deshalb, dass die Flotte für die Sicherung der Seefahrtswege und der Energieversorgung künftig zu klein sein könnte.

Fragile Beziehungen mit den USA

Im Nachgang zur Kargil-Krise, als sich die USA auf die Seite Indiens stellten, verbesserten sich die Beziehungen zwischen Neu-Delhi und Washington zusehends. Insbesondere zur Zeit der Administration Bush sahen die USA in der indischen Demokratie einen strategischen Partner, dem sie in einer von Autokratien geprägten Region grosse Bedeutung beimessen. Die amerikanisch-indische Annäherung basierte dabei nicht zuletzt auf der geteilten Sorge ob der sicherheitspolitischen Folgen des Aufstiegs Chinas. Sie manifestierte sich insbesondere in Form eines bilateralen Abkommens über Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung von Kernenergie, das vor allem in westlichen Staaten aufgrund der Nichtmitgliedschaft Indiens im Nonproliferationsvertrag (NPT) bis heute kontrovers beurteilt wird.

Die freundschaftlichen Beziehungen haben sich seit dem Regierungsantritt Obamas wieder abgekühlt. Aus der Sicht Neu-Delhis vernachlässigen die USA heute indische Interessen, indem sie Pakistans Unterstützung in Afghanistan und Chinas Kooperation in weltwirtschaftlichen Fragen suchen. Auch hegen offizielle Stellen in Indien die Vermutung, Washington vertusche die Beteiligung von pakistanischen Regierungsträgern an den Terroranschlägen in Mumbai.

Tatsache ist, dass das Verhältnis zwischen Indien und den USA asymmetrische Züge trägt. Indien ist auf die amerikanische Unterstützung zur Förderung seiner Wirtschaft und Stärkung seiner internationalen Stellung angewiesen. Divergierende Prioritäten in Handels- und Sicherheitsfragen dürften zwar in absehbarer Zeit nicht in einem offenen Bruch resultieren. Trotz des gemeinsamen Bekenntnisses zur Demokratie bleiben die bilateralen Beziehungen allerdings wenig konsolidiert.

Innenpolitische Schwachstellen

Indien sieht sich heute auch mit grossen innenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Die zwei grössten Herausforderungen des Landes sind das Bildungswesen und die unzureichende Infrastruktur. Nur 65% der erwachsenen Bevölkerung sind in der Lage, eine Landessprache zu lesen und zu schreiben. 20% verstehen Englisch, wobei lediglich 0,03% Englisch als Muttersprache verwenden. Angesichts der Tatsache, dass das Wirtschaftswachstum des Landes in den letzten 20 Jahren vor allem auf Dienstleistungen beruhte und dabei wenig international ausgerichtet war, wirft dies Fragen bezüglich des zukünftigen Wachstumspotentials der indischen Wirtschaft auf.

Gemäss Regierungsberichten droht der grosse Anteil junger Menschen in der Bevölkerung zu schwierigen Verhältnissen zu führen, wenn nicht bald die Zahl der höheren Bildungseinrichtungen um mindestens 150% erhöht wird. Die wenigen indischen Bildungsstätten, die internationalen Standards entsprechen, beschränken sich auf drei Fachgebiete: Informationstechnologie, Biotechnologie und Weltraumforschung. Deren Absolventen ist es zu verdanken, dass ein Bild des Landes als wirtschaftliche Supermacht mit hochqualifizierten Arbeitskräften entstanden ist. Dieses Bild verstellt den Blick auf die Tatsache, dass 60% der indischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig sind.

Lücken in der Infrastruktur haben in den letzten Jahren die Wirtschaftswachstums-

raten um zwei Prozentpunkte gedrückt. Momentan laufen 40% des indischen Verkehrs über 2% der Strassen des Landes. Alle anderen Strassen sind nicht für schwere Fahrzeuge geeignet. Stromausfälle, die auf wachsenden Energiebedarf zurückzuführen sind, werden durch schlechte Verteilnetze noch verschlimmert. Da sich die Wirtschaftsaktivität auf die Städte konzentriert, werden die ländlichen Regionen von der Politik weitgehend ignoriert. Eine Folge davon ist der Zulauf der maoistischen Guerillabewegung in Indien, wovon in unterschiedlicher Intensität bereits 40% der ländlichen Gebiete und 35% der Bevölkerung betroffen sind. Auch wenn die Aufstände bisher durch ein massives Aufgebot von Sicherheitskräften eingedämmt werden konnten, sind sie doch symptomatisch für die tiefen sozioökonomischen Gräben in der indischen Gesellschaft.

Die indische Fertigungsindustrie leidet häufig an Ressourcenmangel. Auch haben populistische Regionalpolitiker bisweilen Investoren abgeschreckt. Zur längerfristigen Sicherung eines hohen Wirtschaftswachstums wäre ein ähnliches Reformpaket wie 1991 erforderlich. Das indische Dilemma besteht jedoch darin, dass die bereits heute hohe Zahl an Arbeitslosen bei einer weiteren wirtschaftlichen Liberalisierung steigen dürfte. Sorge bereitet auch die geringe Strafverfolgungskapazität. So liegt in Indien der Polizeibestand im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung weit unter der von der UNO empfohlenen Norm von 0,45%.

Wie weiter?

In der indischen wie westlichen Debatte finden sich zahlreiche Vorschläge, mit welchen Massnahmen Indiens rasanter Aufstieg längerfristig konsolidiert werden kann. Häufig werden in diesem Zusammenhang strategische Kurskorrekturen empfohlen, insbesondere eine Annäherung an Pakistan, die Stärkung der Wirtschaftsverbindungen mit China und eine engere Verteidigungszusammenarbeit mit den USA. Gefordert wird häufig auch eine Verbesserung der innenpolitischen Handlungsfähigkeit der Zentralregierung, um die eklatanten sozialen Missstände in der indischen Gesellschaft zu mindern.

Ein genauerer Blick auf die Funktionsweise der indischen Demokratie lässt die Durchführbarkeit strategischer Kurswechsel teilweise fraglich erscheinen. So lässt die von Terroranschlägen traumatisierte Bevölkerung ein Rapprochement mit Pakistan heute kaum zu. Auch in den politischen Eliten ist

die Skepsis gross, zumal aus ihrer Sicht die intensiven Annäherungsbemühungen Indiens in den 1990er Jahren im pakistanischen «Verrat» von Kargil resultierten. Gegenüber engeren Wirtschaftsbeziehungen mit China hegen vor allem Teile der Geschäftselite grosse Vorbehalte. Sie fürchten eine Überschwemmung des indischen Marktes mit billigen Gütern aus China. Auch der ungeklärte Grenzverlauf zwischen den zwei Staaten und das historisch bedingte Misstrauen könnten einer Intensivierung der Beziehungen im Weg stehen. Eine verstärkte Anlehnung an die USA schliesslich ist in Indien umstritten, da das Paradigma der strategischen Autonomie breit verankert ist. Das im Parlament nur knapp angenommene Nuklearabkommen wird vor allem in der muslimischen Bevölkerung Indiens und bei Parteien des linken politischen Spektrums bis heute negativ beurteilt. Befürchtungen, wonach Indien bei einer weiteren Annäherung an die USA zu einem Satellitenstaat der Supermacht werden könnte, sind verbreitet.

Das innenpolitische Gefüge Indiens dürfte eine Stärkung der Zentralregierung in absehbarer Zeit kaum erlauben. Der wachsende Einfluss lokaler und regionaler Politiker ist mit einer Zunahme von Korruption und Vetternwirtschaft einhergegangen. Eine Verbesserung der Infrastruktur wird allenfalls in den Grenzgebieten erfolgen, um die militärische Verteidigungsfähigkeit zu verstärken. Den Regionen im Innern des Landes dürfte die Politik jedoch auch weiterhin wenig Beachtung schenken.

Realistischer ist deshalb eine Politik der kleinen Schritte. Handlungsspielraum für Kurskorrekturen besteht etwa im Bereich der Energiepolitik. Eine verstärkte Gewichtung erneuerbarer Energie dürfte zwar die wachsende Energieimportabhängigkeit Indiens nur wenig reduzieren, würde aber die Stromversorgung in ländlichen Gebieten verbessern und klimapolitisch positive Effekte haben. Auch eine Diversifizierung der wirtschaftlichen Beziehungen und insbesondere ein Ausbau der Beziehungen zur EU wären im Sinne einer breiteren Abstützung des indischen Wirtschaftswachstums im Interesse Neu-Delhis. Tatsache bleibt aber, dass Indien ungeachtet solcher Massnahmen auf absehbare Zeit eine Schwellenmacht mit zwar wachsender, aber doch begrenzter weltpolitischer Gestaltungsfähigkeit bleiben wird.

■ Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli
analysen@sipo.gess.ethz.ch

■ Bezug und kostenloses Abonnement:
www.ssn.ethz.ch